Hitzewellen, Klimaanpassung und das eigentliche politische Problem

Aidan Regan, Hanna Schwander, Cyril Benoît, Tim Vlandas
9th July 2026

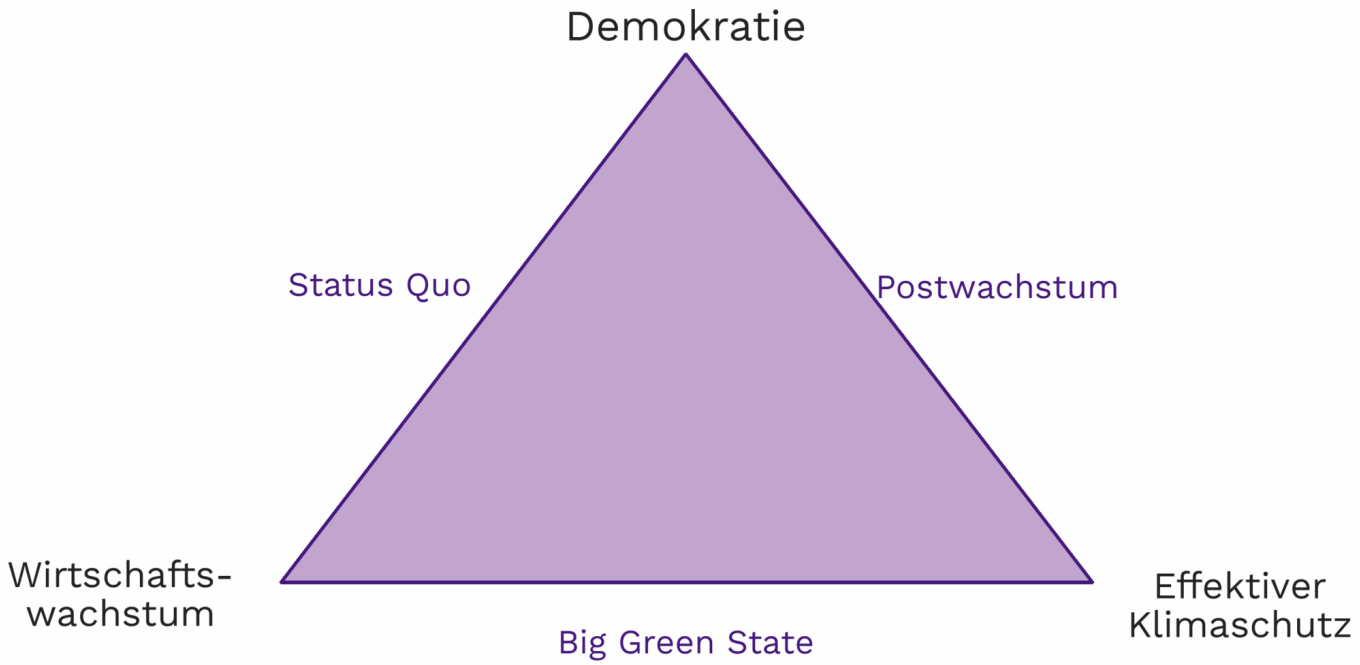
Die Hitzewelle in Europa hat die Debatte über Klimaanpassung erneut in den Mittelpunkt gerückt. Wie lassen sich Städte besser gegen extreme Hitze schützen? Welche Investitionen sind erforderlich, um Gesundheitssysteme, Infrastruktur und Arbeitswelten widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen? Diese Fragen sind dringlicher denn je. Zugleich lenken sie den Blick auf ein grundlegenderes Problem: Warum ist es fortgeschrittenen, liberalen Demokratien bislang nicht gelungen, den Klimawandel mit der Geschwindigkeit einzudämmen, die aus wissenschaftlicher Sicht erforderlich wäre? Unser Beitrag liefert erste Antworten.

In der öffentlichen Debatte werden hierfür meist kurzfristige Erklärungen angeführt. Verwiesen wird meist auf mangelnden politischen Mut, kurze Wahlzyklen oder unzureichende internationale Kooperation. Diese Faktoren sind zweifellos relevant. Sie erklären jedoch nur unzureichend, weshalb selbst Regierungen mit hohen klimapolitischen Ambitionen regelmässig hinter den Emissionsreduktionen zurückbleiben, die zur Einhaltung der internationalen

Klimaziele notwendig wären.

In unserem Buch *Growth, Democracy, or Climate Action? The New Trilemma of Advanced Capitalism* schlagen wir eine andere Perspektive vor. Unser zentrales Argument lautet, dass das eigentliche Hindernis weniger im Versagen einzelner Regierungen als vielmehr in den strukturellen Spannungen liberaler Demokratien liegt. Diese sehen sich zunehmend mit einem Trilemma konfrontiert: dem gleichzeitigen Anspruch, inklusives Wirtschaftswachstum zu sichern, demokratische Legitimität aufrechtzuerhalten und zugleich eine wirksame Klimapolitik umzusetzen.

Abbildung 1: Das neue Trilemma fortgeschrittener Demokratien



Dieses Spannungsverhältnis, welches Abb. 1 visualisiert, ist historisch gewachsen. Wirtschaftswachstum bildete über Jahrzehnte die materielle Grundlage demokratischer Legitimation, indem es breiten Bevölkerungsschichten Wohlstand und Aufstiegschancen eröffnete, die Finanzierung des Sozialstaats ermöglichte, Beschäftigung sicherte und politische Verteilungskonflikte entschärfte. Eine grundlegende Dekarbonisierung der Wirtschaft erfordert demgegenüber tiefgreifende wirtschaftliche Umstrukturierungen, erhebliche öffentliche Investitionen und Konflikte mit etablierten wirtschaftlichen Interessen. Zudem werden ihre politischen Kosten häufig kurzfristig, ihre gesellschaftlichen Erträge hingegen erst langfristig sichtbar werden.

Drei Strategien

Vor diesem Hintergrund diskutieren wir drei idealtypische Strategien, mit denen liberale Demokratien auf dieses Trilemma reagieren können.

- *Liberal Status Quo*

Die erste bezeichnen wir als den *Liberal Status Quo*. Er prägt gegenwärtig die meisten liberalen Demokratien. Klimapolitik wird hier primär über marktwirtschaftliche Instrumente wie Steuern oder Subventionen, technologische Innovation und begrenzte staatliche Intervention verfolgt. Dahinter steht das Primat des wirtschaftlichen Wachstums und das Aufrechterhalten demokratischer Grundordnungen. Diese Verknüpfung ist kein Zufall: Die Vergleichende Politischen Ökonomie zeigt, dass wirtschaftliches Wachstum die materiellen Voraussetzungen für politische Kompromisse schafft, Verteilungskonflikte entschärft und damit entscheidend zur Stabilität demokratischer Institutionen beiträgt. Die Hoffnung ist, dass dies zur Bekämpfung der Klimakrise ausreicht und gleichzeitig Wähler:innen und Wirtschaftsinteressen zufrieden stellt. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass der *Liberal Status Quo* systematisch dazu tendiert, ambitionierte Klimapolitik zugunsten kurzfristiger Wachstums- und Wettbewerbsziele zurückzustellen. Unternehmensinteressen, fiskalische Restriktionen und die Logik demokratischer Wahlzyklen führen dazu, dass notwendige Massnahmen häufig abgeschwächt, verschoben oder ganz aufgegeben werden. Gerade Klimapolitik ist auf verlässliche, langfristige Rahmenbedingungen angewiesen, weil Investitionsentscheidungen von Unternehmen, Haushalten und Staat Planungssicherheit voraussetzen. Die Debatten um das Gebäudeenergiegesetz in Deutschland oder die Rücknahme klimapolitischer Massnahmen in zahlreichen europäischen Ländern sind hierfür symptomatisch.

- *Big Green State*

Eine zweite mögliche Antwort besteht in dem, was wir den *Big Green State* nennen. Der *Big Green State* kombiniert Wachstum mit effektivem Klimaschutz durch langfristige, staatliche Planung. Vorbilder finden sich in autoritären Staaten wie China, wo staatliche Planungskapazitäten, industriepolitische Steuerung und langfristige Investitionsstrategien den Ausbau erneuerbarer Energien und grüner Industrien in einer Geschwindigkeit ermöglichen, die liberale Demokratien bislang nicht erreicht haben. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass autoritäre Systeme politische Konflikte unterdrücken können, während liberale Demokratien sie austragen müssen. Gerade dieser permanente Aushandlungsprozess macht demokratische Klimapolitik schwieriger, verleiht ihr aber zugleich ihre Legitimität. Im *Big Green State* wird langfristige Planung durch die Konzentration politischer Macht ermöglicht, nicht durch demokratische Aushandlung. Der *Big Green State* löst das Trilemma daher nicht auf, sondern priorisiert Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zulasten liberal-demokratischer Verfahren.

- *Degrowth*

Die dritte Strategie schließlich ist der in der Klimawissenschaft und unter heterodoxen Ökonomen zunehmend beliebte *Degrowth-Ansatz.* Ausgehend von der Annahme, dass dauerhaftes Wirtschaftswachstum innerhalb planetarer Grenzen nicht möglich sei, fordert die *Degrowth* Perspektive eine bewusste Reduktion von Produktion und Konsum in wohlhabenden Gesellschaften. Wissenschaftlich nimmt diese Perspektive die ökologischen Grenzen des Wachstums vielleicht am konsequentesten ernst. Politisch steht sie jedoch vor einem grundlegenden Problem: Moderne Demokratien beruhen in hohem Masse auf der Erwartung steigenden materiellen Wohlstands. Eine demokratisch legitimierte dauerhafte

Schrumpfung der Wirtschaft erscheint deshalb nur schwer vorstellbar – nicht weil sie die Demokratie als solche bedroht, sondern weil es unter diesen Bedingungen kaum gelingen dürfte, dauerhaft demokratische Mehrheiten für sie zu gewinnen und zu halten.

Keine dieser drei Strategien bietet daher einen Ausweg aus dem Trilemma. Die Klimakrise stellt liberale Demokratien nicht vor ein technisches oder administratives Problem, das sich durch bessere Technologien oder effizientere Politikgestaltung lösen liesse. Sie konfrontiert sie vielmehr mit fundamentalen Zielkonflikten zwischen wirtschaftlicher Prosperität, demokratischer Legitimation und ökologischer Nachhaltigkeit.

Sind liberale Demokratien zum Scheitern verurteilt?

Wir hoffen es nicht. Das Schlusskapitel unseres Buches entwickelt Überlegungen dazu, wie sich das Trilemma politisch navigieren lässt. Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass weder autoritäre Effizienzversprechen noch die Hoffnung auf einen konfliktfreien grünen Kapitalismus eine überzeugende Antwort darstellen.

Erforderlich ist stattdessen eine Erneuerung demokratischer Staatlichkeit. Demokratien müssen jene strategischen Planungskapazitäten zurückgewinnen, die im Zuge neoliberaler Reformen weitgehend verloren gegangen sind. Klimapolitik darf sich nicht darauf beschränken, Marktversagen zu korrigieren, sondern muss öffentliche Investitionen koordinieren, Finanzströme lenken und langfristige Transformationsprozesse gestalten können.

Dekarbonisierung als Projekt wirtschaftlicher Sicherheit und gesellschaftlicher Erneuerung

Ebenso entscheidend ist jedoch die politische Dimension der Transformation. Dauerhafte Mehrheiten für ambitionierten Klimaschutz werden sich nur dann bilden lassen, wenn Dekarbonisierung nicht primär als Verzichtsprojekt wahrgenommen wird, sondern als Projekt wirtschaftlicher Sicherheit und gesellschaftlicher Erneuerung – getragen von einer Koalition aus urbaner und ländlicher Arbeiter- und Mittelschicht, die in der Transformation nicht Bedrohung, sondern Fortschritt sieht. Gute Arbeitsplätze, sinkende Lebenshaltungskosten, regionale Entwicklung und eine gerechte Verteilung der Lasten sind deshalb keine nachgelagerten Fragen der Klimapolitik, sondern ihre politische Voraussetzung für eben diese Koalition.

Die jüngste Hitzewelle erinnert an die Dringlichkeit der Klimaanpassung. Sie sollte jedoch nicht den Blick auf die Ursachen unzureichender Klimapolitik verstellen. Wer verstehen will, warum liberale Demokratien erhebliche Schwierigkeiten haben, die Transformation zu einer dekarbonisierten Wirtschaft voranzutreiben, muss den Blick von einzelnen politischen Entscheidungen auf die strukturellen Zielkonflikte richten, die demokratische Klimapolitik prägen.

Referenz:

- Regan, Aidan, Hanna Schwander, Cyril Benoît und Tim Vlandas. 2026.

Growth, Democracy or Climate Action? The New Trilemma of Advanced Capitalism. Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing.

Bild: Unsplash